

Bürgersprechstunde der SPD-Landtagsabgeordneten Silvia Gosewinkel



Silvia Gosewinkel.

Die Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel bietet eine Bürgersprechstunde am Donnerstag, den 26. Februar 2026, vor dem Kiosk im Sundern in Bergkamen-Oberaden an.

Am kommenden Donnerstag, den 26. Februar 2026 ab 16:00 Uhr, lädt die Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel zu einer Bürgersprechstunde vor dem Kiosk im Sundern (Im Sundern 14, 59192 Bergkamen) in Bergkamen-Oberaden ein. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen ihre Anliegen oder Anregungen mit ihr zu teilen. „Auf einen regen persönlichen Austausch vor Ort in Bergkamen freue ich mich sehr. Gute Politik entsteht, wenn man über Anliegen spricht. Daher ist mir der Kontakt zu den Menschen in meinem Wahlkreis von großer Bedeutung. Bitte zögern Sie nicht und sprechen Sie uns gerne persönlich an“, sagt Silvia Gosewinkel.

2. Runde der Bürgerbeteiligung zur Leitbildentwicklung startet: Jetzt gemeinsam die Zukunft Bergkamens weiterdenken!

Die Leitbildentwicklung der Stadt Bergkamen tritt in eine neue Phase ein. Nach einer erfolgreichen ersten Beteiligungsrounde startet nun die zweite Runde der Bürgerbeteiligung. Ziel ist es, die bisherigen Ergebnisse gemeinsam weiterzuentwickeln und die Vision für die Zukunft unserer Stadt zu schärfen.

In den vergangenen Monaten haben sich bereits viele Bürgerinnen und Bürger online sowie bei Veranstaltungen in den Stadtteilen eingebracht. Dabei wurde deutlich, wie vielfältig die Perspektiven auf Bergkamen sind.

Nun geht es darum, die gesammelten Ideen und entwickelten Leitziele zu vertiefen und in konkrete Maßnahmen umzusetzen. In den kommenden Wochen finden dazu weitere Stadtteilveranstaltungen statt. Eingeladen sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, unabhängig davon, ob sie bereits am bisherigen Beteiligungsverfahren teilgenommen haben oder neu in den Prozess einsteigen möchten. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Alle Termine sowie weiterführende Informationen zur Leitbildentwicklung finden Interessierte unter www.bergkamen.de/leitbildentwicklung.

Die Inhalte werden dort laufend aktualisiert.

Stadtteil	Wann?		Wo?
Mitte	25. Februar 2026	Ab 18:00 Uhr	VHS/ Treffpunkt, Lessingstraße 2
Overberge	03. März 2026	Ab 18:00 Uhr	Feuerwehrgerätehaus Overberge, Hansastrasse 61
Rünthe	04. März 2026	Ab 18:00 Uhr	Mensa Regenbogenschule, Rünther Straße 80
Oberaden	10. März 2026	Ab 18:00 Uhr	Stadtmuseum, Jahnstraße 21
Weddinghofen	24. März 2026	Ab 18:00 Uhr	Städtisches Gymnasium, Hubert – Biernat – Straße 1
Heil	25. März 2026	Ab 18:00 Uhr	Feuerwehrgerätehaus Heil, Nördliche Lippestraße 21



Demokratie gemeinsam denken: BNE-Zukunftsworkstatt in der Ökologiestation Bergkamen

Wie wollen wir zukünftig zusammenleben? Dieser Frage geht die interaktive Veranstaltung „BNE: Zukunftswerkstatt – Demokratie gemeinsam gestalten“ nach. Sie findet am Freitag, den 10. April von 15:00 bis 18:00 Uhr sowie am Samstag, den 11. April 2026 von 10:00 bis 17:00 Uhr statt. Alle Menschen, die sich für demokratische Mitgestaltung interessieren und Impulse für eine lebendige, vielfältige Gesellschaft suchen, sind eingeladen, gemeinsam Ideen, Visionen und konkrete Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Die zweitägige Zukunftswerkstatt findet in der Ökologiestation des Kreises Unna in Bergkamen statt und ist kostenfrei sowie offen für alle Interessierten.

Anders als bei klassischen Vorträgen oder Podiumsdiskussionen basiert die Zukunftswerkstatt auf einem dynamischen, kreativen Gruppenprozess: Ausgehend von aktuellen Herausforderungen in Politik, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt sammeln und reflektieren die Teilnehmenden in der Kritikphase, wo es hakt. In der anschließenden Fantasiephase entstehen utopische Visionen einer Demokratie, in der alle Menschen gehört und respektiert werden. In der Verwirklichungsphase werden diese Ideen gemeinsam konkretisiert und erste Schritte zur Umsetzung im Alltag oder im lokalen Umfeld erarbeitet.

„Diese Zukunftswerkstatt ist mehr als ein Gespräch – sie ist ein öffentlicher Denkraum, in dem Gesellschaft aktiv mitgestaltet wird“, sagt Oliver Wendenkampf, Geschäftsführer des Umweltzentrums Westfalen, der die Veranstaltung durchführt. Finanzielle Barrieren sollen dabei keine sein. Die Teilnahme ist kostenlos. Interessierte können sich bis Freitag, den 13. März 2026, beim Umweltzentrum Westfalen unter der Telefonnummer 02389 9809 11 oder per E-Mail an sandrine.seth@uwz-westfalen.de anmelden.

Jugendhilfeausschuss: Erhöhung der Elternbeiträge mit sozial ausgewogenen

Staffelung frühestens ab 1. August 2027

Aller Voraussicht nach wird eine Erhöhung der Elternbeiträge für Kitas und OGS um ein Jahr verschoben. Das empfiehlt jedenfalls der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am Dienstag den Mitgliedern des Stadtrats, der am kommenden Donnerstag eine endgültige Entscheidung finden soll.

Ursprünglich hatte die Verwaltung eine Erhöhung der Elternbeiträge bereits für den 1. August 2026 vorgesehen. Folge waren ein heftiger Protest der Elternvertretung. Auch einige Ratsfraktionen wollten diesem Vorschlag nicht folgen.

Grundlage für den Beschluss des Jugendhilfeausschusses war ein Antrag der CDU. Demnach soll auf die geplante Erhöhung ab 1. August 2026 verzichtet werden. Und: „Der Rat der Stadt Bergkamen beauftragt die Verwaltung, bis zum 01.05.2026 unter Einbeziehung der Elternvertretung, des Rates und der zuständigen Fachämter einen tragfähigen Vorschlag zur Anpassung der Elternbeiträge zu erarbeiten. Dieser Prozess umfasst sowohl die Beiträge für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege als auch für die Offene Ganztagschule (OGS).“

Allerdings nennt der CDU-Antrag auch eine Zielvorgabe für den Kompromiss: „Der Rat beschließt als finanzpolitische Zielvorgabe für die Erarbeitung der Beitragstabellen folgenden Kompromiss: Das angestrebte Beitragsaufkommen soll sich strukturell auf maximal 50% des Volumens begrenzen, welches durch die Verwaltungsvorschläge von Dezember 2025 (Rückkehr zum Niveau von 2023 zzgl. 5% Inflationsausgleich) erzielt worden wäre.“

Der CDU-Antrag wurde von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses mit Mehrheit angenommen. Der Beschluss

des Ausschusses hat für den Stadtrat am Donnerstag allerdings nur einen empfehlenden Charakter.

Gedenken an Kriegsausbruch in der Ukraine am 24.02.26

Mit Schweigeminuten für die seit 2022 im Krieg Getöteten , einer Kerzenaktion und Bildern der Zerstörung in der Ukraine erinnern von dort Geflüchtete an den anhaltenden Krieg in ihrer Heimat. Die Veranstaltung findet statt am 24.02.26 von 16-18 Uhr in und vor HausFRIEDEN auf dem Nordberg. Neben Betroffenen wird auch der Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Thomas Heinzel sprechen. Es werden ukrainische Speisen angeboten und um Spenden gebeten. Weiterhin werden Kerzenreste gesammelt, die in der Ukraine dringend gebraucht werden als Lichtquelle und zum Wärmen

Die Linke möchte den Hebesatz für die Grundsteuer b auf 955 Prozent begrenzen

Die Fraktion Die Linke hat jetzt einen weiteren Antrag zur Haushaltsplanberatung am kommenden Donnerstag im Stadtrat eingereicht. Sie möchte den neuen Hebesatz für die Grundsteuer b auf 955 Prozent begrenzen. Dazu erklärt Die Linke:

„Seit Zuleitung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 hat sich die angespannte Finanzlage der

Stadt Bergkamen leicht verbessert. Hier sei zum einen die Reduktion der Kreisumlage genannt, die uns eine Gegenfinanzierung zur Übernahme der Elternbeiträge für Kita und OGS erlaubt. Zudem eröffnet uns die positive Budgetentwicklung im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten Spielräume, die aus unserer Sicht nicht ungenutzt bleiben dürfen.

In den vergangenen Tagen wurden daher von uns verschiedenste Szenarien intensiv durchgerechnet. Dabei ging es im Schwerpunkt darum, auszuloten, wieviel Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger – im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung – möglich ist, ohne dabei die kommunale Finanzstabilität zu gefährden.

Ein Blick auf die Bundes- und Landesebene zeigt, dass die finanziellen Spielräume der Kommunen nicht grundlegend verbessert werden. Der zuletzt im Bundestag beschlossene Haushalt ist durch überproportionale Verteidigungsausgaben geprägt und die Altschuldenübernahme des Landes Nordrhein-Westfalen – für Bergkamen handelt es sich hier um 710.000 € – ist auch nur als Tropfen auf dem heißen Stein zu bewerten. Für uns bedeutet dies finanzielle Schadensbegrenzung vor Ort zu betreiben.

Der von uns eingebrachte Änderungsantrag zur Hebesatzsatzung sieht einen Hebesatz der Grundsteuer B von 955 Prozentpunkten vor. Dies stellt aus unserer Sicht den bestmöglichen Kompromiss dar, zwischen maximal zumutbarer Belastung der Bergkamener Haushalte und Verantwortung für einen stabilen städtischen Haushalt. Nicht nur für das Haushaltsjahr 2026, sondern auch für die langfristige Finanzplanung der Stadt.“

SPD Bergkamen: Sicherung der städtischen Handlungsfähigkeit und Entlastung von Familien als Leitlinie im Haushalt 2026

Die SPD-Fraktion Bergkamen legt zum Haushalt 2026 ein Maßnahmenpaket vor, das die finanzielle Stabilität der Stadt sichert und gleichzeitig Familien entlastet. Der Haushaltsentwurf der Verwaltung weist ein strukturelles Defizit von 13,2 Millionen Euro aus und sieht deutliche Anpassungen bei Grundsteuer B, Gewerbesteuer sowie mögliche Erhöhungen der Elternbeiträge in Kita und OGS vor. Für die SPD steht fest, dass die notwendige Konsolidierung nicht einseitig zu Lasten der Familien erfolgen darf. Fraktionsvorsitzender Kevin Derichs stellt klar, dass soziale Verantwortung entscheidend dafür ist, wie Belastungen verteilt werden. Um die Lasten fair zu verteilen, setzt die SPD bewusst auf mehrere finanzpolitische Stellschrauben.

Gemeinsam mit der CDU beantragt sie, den Hebesatz der Grundsteuer B auf 995 Punkte festzusetzen und damit den von der Verwaltung vorgesehenen Sprung abzumildern.

Zugleich wird eine maßvolle Anpassung der Gewerbesteuer auf 500 Prozentpunkte als weiterer Beitrag zu einer breiteren Lastenverteilung angestrebt. Dadurch sollen einseitige Mehrbelastungen für Eltern sowie Mieterinnen und Mieter vermieden und die erforderliche Haushaltkskonsolidierung auf mehrere Schultern verteilt werden.

Ein Schwerpunkt der SPD bleibt die Stärkung von Bildung und Prävention. Die Fraktion weist darauf hin, dass Kommunen im Bildungsbereich strukturell unterfinanziert sind, weil Land

und Bund zentrale Entscheidungen treffen, ohne ausreichende Gegenfinanzierung sicherzustellen. Daher setzt sich die SPD gemeinsam mit der CDU dafür ein, die Schulsozialarbeit im Umfang von 157 Wochenstunden zu sichern und die Mittel im Haushalt 2026 auf 302.000 Euro zu erhöhen.

Auch die Kinder- und Jugendarbeit soll gestärkt werden: Die Mittel für das Kinder- und Jugendbüro sollen um 10.000 Euro steigen, um der wachsenden Nachfrage nach Angeboten und den höheren Anforderungen an Inklusion und Betreuung gerecht zu werden.

Vor dem Hintergrund der aktuell absehbaren neuen gesetzlichen Regelungen des Landes Nordrhein-Westfalen weist die SPD darauf hin, dass für das Kindergartenjahr 2027/28 ein transparenter und nachvollziehbarer Prüfprozess der Elternbeitragssatzung sowie möglicher erforderlicher Anpassungen durchzuführen ist. Zugleich unterstreicht die SPD, dass eine künftige Satzung sozial ausgewogen, verantwortungsvoll und familienfreundlich ausgestaltet sein muss. Sie strebt daher einen möglichst breiten politischen Konsens an, um den Eltern verlässliche Planungssicherheit zu gewährleisten und eine sozial gerechte Verteilung von Belastungen sicherzustellen.

Auch im Bereich Verkehrssicherheit fordert die Fraktion klare Schritte. Sie beantragt eine Prüfung zur Einführung einer kommunalen Verkehrsüberwachung, einschließlich eines möglichen autonomen Geschwindigkeitsmesssystems und Kooperationen mit den Nachbarkommunen Kamen und Werne, um Risiken durch Raserei und Lärm zu reduzieren.

Darüber hinaus fordert die SPD-Fraktion eine wirtschaftliche Neuausrichtung der städtischen Großveranstaltungen wie Hafenfest und Lichtermarkt. Die derzeitigen Kosten von rund 0,4 Millionen Euro sollen perspektivisch auf maximal 0,2 Millionen Euro reduziert werden, etwa durch einen zweijährigen Veranstaltungsrhythmus oder angepasste Gebührenstrukturen. Freiwerdende Mittel sollen in Familien- und Bildungsrelevante Aufgaben fließen.

Trotz der angespannten Finanzlage bekennt sich die SPD zu zentralen Zukunftsinvestitionen, darunter der Ausbau von Schulen und OGS-Plätzen, die Weiterentwicklung der Wasserstadt Aden sowie wichtige Maßnahmen im Bereich Feuerwehr und Sicherheit. Diese Investitionen seien entscheidend für die Lebensqualität und Zukunftsaussichten der Stadt. Abschließend betont Kevin Derichs, dass dieser Haushalt Familien schützen, Bildung sichern und die Stadt stärken muss. Wenn Bergkamen jetzt klug investiere, Prioritäten richtig setze und Belastungen sozial ausgewogen verteile, entstehe ein Haushalt, der Stabilität, Gerechtigkeit und Zukunft ermöglicht.

Vereinsvertretertreffen in den Bergkamener Ortsteilen 2026

Auch in diesem Jahr lädt die Stadtverwaltung Bergkamen in Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehern zu den sog. Vereinsvertretertreffen in den Bergkamener Ortsteilen ein. Neben den Vereinsvorständen sind auch alle sonstigen Institutionen wie Schulen und Kindergärten und auch die Vertreter der Kirchen gern gesehene Gäste.

Die jährlichen Treffen dienen u.a. dazu, aktuelle Themen und Probleme der Stadtteile aufzugreifen bzw. Wünsche, Anregungen oder dergleichen zu erörtern. Darüber hinaus werden sämtliche öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungstermine zusammengetragen, um Überschneidungen zu vermeiden.

In diesem Jahr wird Bürgermeister Thomas Heinzel zu aktuellen

Themen in Bergkamen und den jeweiligen Ortsteilen referieren. Der neue Rünther Ortsvorsteher Oliver Schäfer wird als zusätzlichen Tagesordnungspunkt die in 2027 anstehende 750-Jahr-Feier im selbigen Ortsteil ansprechen, in Weddinghofen berichtet Gastredner Volker Wagner vom Geschichtskreis Haus Aden/Grimberg $\frac{3}{4}$ über das neue Skulpturenensemble anl. des Grubenunglücks.

Zu den nachfolgend aufgeführten Terminen finden die Gespräche statt:

Heil: Mittwoch, 4. März, 19.30 Uhr, Naturfreibad Heil

Mitte: Montag, 23. März, 19.00 Uhr, Treffpunkt/VHS

Oberaden: Donnerstag, 12. März, 18.00 Uhr, Stadtmuseum (W.-Fräger-Raum)

Overberge: Montag, 9. März, 19.00 Uhr, Feuerwehrgerätehaus

Rünthe: Donnerstag, 2. April, 19.00 Uhr, „Bürgertreff Rünthe“ (Kanalstraße 4)

Weddinghofen: Mittwoch, 18. Februar, 19.00 Uhr, Albert-Schweitzer-Haus

Anträge der Fraktion Die Linke zum Haushaltsplan 2026: Keine Änderung der

Elternbeitragssatzung

Die Fraktion Die Linke hat ihre Haushaltsplanberatungen abgeschlossen. Die Ergebnisse fasst die Fraktion wie folgt zusammen.

- *Beibehaltung Elternbeitragssatzung*

In einem Bürgerdialog haben die Eltern vorgeschlagen, die entstehenden Kosten für die Übernahme der Elternbeiträge für Kita und OGS durch die Stadt Bergkamen über die Grundsteuer B auf alle Bergkamener Haushalte als Solidargemeinschaft umzulegen, da dies eine gezielte Mehrbelastung von Haushalten mit Kindern vermeidet. Diesem Vorschlag folgen wir mit unserem Antrag.

- *Beibehaltung der Schulsozialarbeit*

Da die Schulsozialarbeit weit mehr als ein „zusätzliches Angebot“ an Schulen ist, weil diese einerseits dort wirkt wo Schule an ihre Grenzen stößt und es sich andererseits um eine präventive Schlüsselinvestition in Bildung, soziale Stabilität und langfristige gesellschaftliche Kostenersparnis handelt, wäre die Überlegung der Angebotskürzung aus Kostengründen aus vielerlei Hinsicht fatal. Wir fordern daher die Beibehaltung der städtischen Zuschüsse zur Schulsozialarbeit.

- *Einführung eines städtischen DARP*

Die zunehmende Nutzung digitaler Medien führt dazu, dass viele Menschen vermehrt mit falschen Informationen, manipulativen Inhalten und Cyberangriffen konfrontiert werden. Ein digitales Aufmerksamkeits und Resilienz-Programm (DARP) würde gezielt Aufklärungs und Bildungsmaßnahmen bereitstellen. Die erwarteten positiven Wirkungen umfassen eine stärkere persönliche Resilienz gegenüber Cyberangriffen und falschen Informationen, bürgernahe Angebote sowie verbesserte digitale Kompetenz.

- *Erhöhung der Gewerbesteuer*

Durch die Grundsteuerreform haben bei gleichbleibendem Hebesatz der Grundsteuer B gewerbliche Grundstücke durch geringere Bewertung stark profitiert. Die daraus entstehenden Mindereinnahmen der Stadt dürfen nicht auf Kosten der Privathaushalte ausgeglichen werden. Mit der Anpassung der Gewerbesteuer (von derzeit 480 % auf 520 %) können so gezielt Unternehmen als Profiteure der Reform in die Verantwortung gezogen werden.

- **Priorisierung von Erbpacht im kommunalen Grundstücksmanagement**

Grund und Boden ist eine nicht vermehrbare Ressource der Kommune und stellt einen zentralen Hebel der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Mit der verstärkten Anwendung des Erbbaurechts erhält die Stadt Bergkamen, insbesondere mit Blick auf die Leitbild- und Stadtentwicklungsplanung, ein wirksames Instrument, um kommunale Steuerungsfähigkeit zu sichern, langfristige Einnahmen zu generieren und den Ausverkauf kommunalen Vermögens zu vermeiden.

- **Einführung eines Arbeitskreises „Finanzmanagement“**

In dem Arbeitskreis kann nicht nur der Prozess der Haushaltskonsolidierung aktiv begleitet und sich über die Finanzierung vieler Projekte ausgetauscht werden sowie der bestehenden Problematik zur Verbesserung der Einnahmen- und Reduktion der Ausgabenseite gewidmet werden. Durch die regelmäßige Berichterstattung und Beratung kann proaktiv gegengesteuert und schon jetzt Maßnahmen für den Haushaltsentwurf 2027 getroffen sowie für die mittelfristige Finanzplanung erarbeitet werden.

Die Anträge zum Haushaltsjahr 2026 sind über die Homepage der Linken nachzulesen:

<https://www.die-linke-kreis-unna.de/1/ortsverbaende/ortsverband-mittelkreis/ratsfraktion-bergkamen/antraege/>

In der Dille: Halteverbotsschilder sorgen für einen sicheren Verkehrsfluss

Ein zentrales Anliegen vieler Rüntherinnen und Rünther ist die Verbesserung der Verkehrssituation im Ortsteil. Besonders der Siedlerbund Dille machte auf die zunehmend unübersichtliche Lage an der Kreuzung Richtung Seige aufmerksam: Durch das gestiegene PKW-Aufkommen kam es dort immer häufiger zu chaotischen Parksituationen, die sowohl den Verkehrsfluss als auch die Sicherheit beeinträchtigten.

Um endlich Klarheit zu schaffen, lud der Siedlerbund das direkt gewählte Ratsmitglied Alexander Höll sowie den Ortsvorsteher Oliver Schäfer zu einem Vor-Ort-Termin ein. Gemeinsam verschafften sie sich ein Bild der Lage und nahmen anschließend Kontakt mit der Straßenverkehrsbehörde auf. Das Ergebnis: Seit Dienstag sorgen neue Halteverbotsschilder im Kreuzungsbereich für mehr Übersicht und einen sicheren Verkehrsfluss.

Nach einem halben Jahr wird die Maßnahme gemeinsam evaluiert und bei Bedarf angepasst. Hinweise und Vorschläge aus der Bürgerschaft sind ausdrücklich willkommen.

Grüne fordern Verzicht auf Erhöhung der Elternbeiträge

für den Besuch von Kitas und OGS

Ein Antragspaket für die nächste Ratssitzung am 19. Februar, in der unter anderem der Haushaltsplan 2026 verabschiedet werden soll, hat jetzt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bei Bürgermeister Thomas Heinzel eingereicht. Die für viele Eltern wichtigsten Forderungen sind der Verzicht auf eine Anhebung der Elternbeiträge in diesem Jahr für den Besuch der Kita und der OGS sowie die Beibehaltung der Schulsozialarbeit in der jetzigen Form.

Die Fraktion sieht bei den Elternbeiträgen finanzielle Spielräume, weil die Stadt Bergkamen 2026 rund eine Million Euro weniger an den Kreis Unna zahlen muss. Außerdem setzt sie auf Mehreinahmen durch andere Maßnahmen. So fordert sie zu prüfen, ob die Stadt Bergkamen in Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen eigene Geschwindigkeitskontrollen mit einem „Blitzer-Anhänger“ durchführen kann und ob für bestimmte Parkplätze im städtischen Eigentum wie an der Justus-von-Liebig-Straße und am Haldenweg Parkgebühren erhoben werden können (Stichwort Parkraumbewirtschaftung).

Auch soll die Vergnügungssteuer angehoben werden. Zudem möchte sie eine Steuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck für Speisen und Getränke einführen. Schließlich hat sie auch eine Einsparungsmöglichkeit ausgemacht: Künftig soll es kein Catering mehr nach Sitzungen des Stadtrats geben. Ein gemeinsamer Umtrunk sei hier völlig ausreichend, erklärt die Fraktion. Schließlich möchte sie eine Neuausrichtung der städtischen PV-Förderung.

Die einzelnen Anträge sind hier als Anhang beigefügt:

Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Änderung der Vergnügungssteuersatzung

Neuausrichtung der städtischen PV-Förderung

Antrag_Schulsozialarbeit

Antrag_Kita_0GS-Gebuehren

Antrag_Catering

Antrag_Verkehrsraumueberwachung

Antrag_Parkraumbewirtschaftung